

## INHALT

1. 70 Jahre nach der Befreiung der nationalsozialistischen Herrschaft
2. Skurrile Landtagsdebatte: Regierung lässt SPD, Grüne und SSW im Dunkeln tappen
3. Justizministerin sollte bestehende Probleme lösen, bevor sie neue schafft
4. Bezahlbarer Wohnraum braucht entsprechende Rahmenbedingungen
5. CDU lehnt Runden Tisch zu Stromsperren ab
6. Unabhängigkeit der Patientenberatung muss gewährleistet bleiben

17.07.2015

### 70 Jahre nach der Befreiung der nationalsozialistischen Herrschaft Politische Verantwortung für historische Erinnerung“



CDU-Kulturpolitiker Peter Sönnichsen

„An keinem Ort und zu keiner Zeit habe ich persönlich je so viel Unverständnis, Beklemmungen, ja Ohnmacht erlebt, wie beim Besuch von Erinnerungsstätten in unserem Lande und wie auch -zusammen mit einigen Kolleginnen und Kollegen- in Auschwitz“, sagte der kulturpolitische Sprecher Peter Sönnichsen in seiner heutigen Rede.

Ungefähr ein Menschenleben sei es her, dass Deutschland vom Terror des nationalsozialistischen Regimes befreit wurde. Die meisten, die diese schlimme Zeit ethnischer und politischer Verfolgung, von Massenmorden und Krieg miterlebt haben, sind bereits nicht mehr unter uns. Aber sie haben uns mit ihren Erinnerungen ein Vermächtnis hinterlassen, ein, wenn nicht den wichtigsten Teil, unseres historischen Erbes.

Es sei unsere Aufgabe, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Schrecken zu erhalten und für kommende Generationen zu bewahren. Nur wer sich seiner Geschichte stelle, könne in der Zukunft Verantwortung übernehmen und verhindern, dass sich solche Menschen verachtenden Zeiten wiederholen.

Dazu gehöre an erster Stelle dafür Sorge zu tragen, dass allen entschieden begegnet werde, die die Verbrechen klein reden, Geschichtsverklärung betreiben, diese schreckliche Zeit wieder aufleben lassen wollen oder die jetzige Flüchtlingssituation instrumentalisieren, um dieses kranke Gedankengut zu verbreiten.

70 Jahre nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft sei aber auch ein Zeitpunkt um dankbar zu sein. Dankbar für ein Leben in Frieden und Freiheit, ohne Diktatur und in Rechtsstaatlichkeit, mit einem einem der höchsten Güter, der Meinungsfreiheit, die vielen Menschen auf der Welt verwehrt sei. Dankbar den Eltern und Großeltern gegenüber, die mit beachtlicher Hilfe der Alliierten dieses Land wieder aufgebaut hätten. Ihnen verdanke man heute so leben zu können.

Gedenkstätten und Mahnmale seien unerlässlich, um ein Vergessen zu verhindern. Daher gelte unsere höchste Anerkennung allen Handelnden der Erinnerungskultur, vor allem jenen, die erhalten, bewahren, pflegen und zugänglich machen. Diese Stätten gäben uns den nötigen Raum, die Geschichte erfahrbar zu machen, man brauche sie, um die Lehren für künftiges Handeln zu ziehen.

Auch wenn es unterschiedliche Auffassungen der Handelnden hinsichtlich der Ausgestaltung der Erinnerungsarbeit, der quantitativen Ausstattung und inhaltlichen Konzeptionen der vorhandenen Gedenkstätten gäbe, grundsätzlich sei man sich einig:

„70 Jahre Ende des Nationalsozialismus ist wichtige Mahnung, die Erinnerung an das barbarische Regime und seine Taten nie zu vernachlässigen. Das bittere Wissen um diese Vergangenheit muss durch Erinnerung den Folgegenerationen vermittelt werden, damit sich dieses Handeln nie wiederholt“, so Peter Sönnichsen.

---

### **Skurrile Landtagsdebatte: Regierung lässt SPD, Grüne und SSW im Dunkeln tappen Schleswig-Holsteinischer Landtag fordert einstimmig Erhalt der ICE-Anbindungen**

Der Abschluss der Plenarwoche brachte eine skurrile Debatte mit einem überraschenden Ende. Mit einem fraktionsübergreifenden Antrag forderte der Schleswig-Holsteinische Landtag heute den Erhalt der Schleswig-Holsteinischen ICE-Anbindungen. Hintergrund: Die Bahn hatte kürzlich mitgeteilt, die Direktverbindung nach Berlin zu streichen.

Redner auch der Regierungsfractionen gingen mit dieser Entscheidung hart ins Gericht. Kai Vogel (SPD) sagte: „Schleswig-Holstein wurde einst von Herbert Wehner als Wurmfortsatz von Hamburg bezeichnet. Dieser große Politiker hatte in vielem Recht, hier aber nicht. Wir sind wahrlich nicht der Blinddarm von Hamburg, doch dahin degradiert fühlen wir uns gerade ein wenig.“ Flemming Meyer vom SSW überschrieb seine Rede mit: „Die Bahn verschlechtert ihr Angebot hier bei uns im Land und damit wollen wir uns nicht abfinden“. Und Andreas Tietze von den Grünen sah im Verlust dieses einen Zuges ein Symptom für die Benachteiligung Schleswig-Holsteins durch den Bund.

Auch CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp kritisierte den Wegfall der ICE-Anbindungen. Allerdings seien dies auch ein Zeichen, dass Ministerpräsident Torsten Albig und

Wirtschaftsminister Reinhard Meyer in Berlin nicht richtig ernst genommen würden. „Ich stelle mir eine ähnliche Situation in Bayern vor. Ministerpräsident Seehofer hätte mit seinem ganzen Gewicht dafür gesorgt, dass es eine Verschlechterung der Anbindung seiner Landeshauptstadt nicht gibt“, so Arp.

In seinem Redebeitrag gab Verkehrsminister Reinhard Meyer dann völlig überraschend bekannt, dass die Landeshauptstadt ab dem Fahrplanwechsel zum Winter 2016 auch um die Mittagszeit mit ICE-Verbindungen aus Leipzig und Berlin erreicht werden könne. Zusätzlich komme nachmittags eine neue Verbindung nach Berlin und weiter nach Leipzig hinzu.

Prompt teilte SPD-Redner Vogel in einer Pressemitteilung über das „tolle Verhandlungsergebnis“ mit, die Opposition sei mit ihrer Kritik „Lügen gestraft“ worden.

Arp konterte, er sehe die Redner der Regierungsfraktion blamiert. "Das war wirklich eine skurrile Debatte. Als Opposition sind wir gewohnt, von der Regierung nicht informiert zu werden. Ich hätte aber nicht damit gerechnet, dass Albig und Meyer die Redner der Regierungsfaktionen so vor die Wand laufen lassen“.

Die schnelle Korrektur durch die Bahn habe jedoch deutlich gezeigt, dass dieses Ergebnis durch eine von Beginn an engagiert verhandelnde Landesregierung frühzeitiger erreichbar gewesen wäre.

„Ganz offensichtlich hat die Albig-Regierung die letzte Verhandlungsrunde völlig verpennt. Erst der Landtagsantrag hat sie aufgeweckt. Dann ging alles ganz schnell“, so Arp

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3100/drucksache-18-3187.pdf>



Hans-Jörn Arp, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion

---

### **Justizministerin sollte bestehende Probleme lösen, bevor sie neue schafft** **Ministerin bringt Gesetzentwurf zum Justizvollzug ein**

Justizministerin Anke Spoorendonk hat heute ihren Gesetzentwurf zum Vollzug der Freiheitsstrafe in den Landtag eingebracht (Link siehe unten). Die von ihr geplanten Änderungen sind sowohl mit deutlichen baulichen Änderungen in den Vollzugsanstalten als auch mit personellem Mehrbedarf verbunden. Nach den Planungen der Landesregierung soll das Gesetz zum Jahreswechsel in Kraft treten.

Die justizpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier, mahnte vor diesem Hintergrund in der Debatte eine Orientierung an der Realität an.

„Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf formuliert Wunschvorstellungen, ohne die Frage nach der Umsetzbarkeit zu beantworten. Wenn Wunsch und Realität auseinanderklaffen, ist ein Gesetz in der Praxis von vornherein zum Scheitern verurteilt“, sagte Ostmeier. Eine mangelhafte Umsetzung drohe der Akzeptanz in der Bevölkerung für einen modernen Strafvollzug erheblich zu schaden, warnte die CDU-Abgeordnete.

Ostmeier wies darauf hin, dass der Krankenstand der Mitarbeiter im Strafvollzug weiterhin erschreckend hoch und die Arbeitszufriedenheit erschreckend niedrig sei. Der Gesetzentwurf führe dennoch unweigerlich zu weiteren Belastungen des Personals, etwa durch die Ausweitung von Aufschlusszeiten und eine Ausweitung des „familienfreundlichen“ Vollzugs.

Die Behauptung der Ministerin, wonach die Ausweitung der Aufschlusszeiten nur an den Wochenenden zu einem geringen personellen Mehrbedarf führe, sei fernab der Wirklichkeit. Ebenso sei die Annahme, man könne Mehrbedarfe durch die Einrechnung von Stellen aus der Abschiebehaftanstalt Rendsburg decken, wenig seriös. „Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass Schleswig-Holstein nach der Reform des Bleiberechts dauerhaft ohne Abschiebehafteinrichtung auskommen wird. Daher werden diese Stellen absehbar für den Strafvollzug gar nicht zur Verfügung stehen“, so die Justizpolitikerin.

Für den Erlass des Gesetzes bestehe keinerlei Handlungsdruck, weil es ein funktionierendes Bundesgesetz gebe. Dieses ermögliche bereits alles, was in dem neuen Gesetzentwurf verbindlich festgeschrieben werden solle.

„Ich hätte erwartet, dass die Justizministerin sich zuerst mit der Lösung bestehender Probleme befasst, bevor sie durch zusätzliche Anforderungen neue Probleme schafft“, so Ostmeier.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3100/drucksache-18-3153.pdf>



Die justizpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Barbara Ostmeier

---

## **Bezahlbarer Wohnraum braucht entsprechende Rahmenbedingungen** **Antrag zur Mietpreisbremse von SPD, Grünen und SSW geht an der Realität vorbei**

In der heutigen Plenardebatte ging es um einen Antrag der Regierungsfractionen zur Mietpreisbremse. Dieser stellte schlicht fest, dass diese Zugang zu bezahlbarem Wohnraum

sichere. Der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Peter Lehnert, sagte in seiner Rede, dass schon in den vergangenen Jahren die Antragsteller die wirkliche Lage im Land ignoriert hätten. Daher bediene er sich nun der Argumente von Fachverbänden und Organisationen, deren maßgebliche Repräsentanten Sozialdemokraten sind und oder waren.

So kritisierte der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) bei seinem Verbandstag diesen Jahres die stetig steigenden Forderungen an die Wohnungswirtschaft bei gleichzeitigem Wunsch nach sinkenden Mieten. Dieses werde zu einer Investitionsbremse. Steigende Bauland- und Baupreise, mehr staatliche Abgaben und Regulierungen sowie steigende Energiekosten passten nicht zur Mietpreisbremse.

„Es besteht die reale Gefahr, dass Sie mit Ihrem Antrag ein Eigentor schießen. Bei den Menschen werden Erwartungen geweckt, die mit den bisher angekündigten Instrumenten gar nicht erfüllbar sind. Niemand bekommt dadurch zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum,“ so Lehnert.

Insbesondere die Wohnungsbaugenossenschaften und viele private Vermieter seien seit Jahrzehnten Garant für bezahlbare Mieten in Schleswig-Holstein und damit die eigentliche Mietpreisbremse. Lehnert zeigte sich überzeugt, dass der neue Verbandsdirektor des VNW, der ehemalige SPD-Innenminister Andreas Breitner diese Einschätzung teile.

Die von der Landesregierung selbst in Auftrag gegebenen Mietgutachten hätten gerade einmal 6 Gemeinden hervorgebracht, in denen ein Wohnungsraumdefizit gegeben sei. Dies seien die Gemeinden List, Wyk auf Föhr, Hörnum, Kampen, Glinde und Wenningstedt-Braderup. Mit Ausnahme von Glinden seien dies Gemeinden auf Sylt oder Föhr.

„Das zeigt erneut deutlich, dass die immer wieder öffentlichkeitswirksame behauptete Unterversorgung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum in weiten Teilen Schleswig-Holsteins nicht existiert“. so der CDU-Abgeordnete.



Peter Lehnert, MdL

---

### **CDU lehnt Runden Tisch zu Stromsperrn ab Unterstützung bei Zahlungsverzug ist ausreichend**

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich heute gegen die Pläne der Regierungskoalition gestellt, einen Runden Tisch zum Thema „Stromsperrn“ einzurichten. Für Haushalte, die wiederholt im Zahlungsrückstand sind, gebe es ausreichende Beratungsangebote, unterstrich die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann. Auch Hilfen in

Form von Darlehen stünden unter bestimmten Voraussetzungen bereit.

„Als letztes Sanktionsmittel müssen Stromsperren auch möglich sein, weil es nicht immer gelingt, Bürgerinnen und Bürger dazu zu bewegen, dass sie all ihren Verpflichtungen, welcher Art auch immer, nachkommen“, so Rathje-Hoffmann.

In ihrem Redebeitrag wies die Sozialpolitikerin auch kritisch darauf hin, dass die Regierungskoalition mit dem vorliegenden Antrag bereits den dritten Runden Tisch im laufenden Jahr ins Leben rufen wolle.

Mit den Stimmen von SPD, Grüne, SSW und Piraten wurde der Antrag angenommen.



CDU-Sozialpolitikerin Katja Rathje-Hoffmann

---

## **Unabhängigkeit der Patientenberatung muss gewährleistet bleiben** **Dringlichkeitsantrag im Landtag beschlossen**



CDU-Gesundheitsexperte Karsten Jasper

Die Patientenberatung muss unabhängig bleiben. Darin waren sich alle Fraktionen im Landtag heute einig. Anlass für den Dringlichkeitsantrag von SPD, Grünen und SSW war eine öffentlich gewordene E-Mail der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, in der Bedenken zur möglichen Vergabe an eine private Firma geäußert wurden.

Die letzte Ausschreibung hatten die Verbraucherzentrale, der VdK und der Verbund

unabhängiger Patientenberatung zu ihren Gunsten entschieden. Bei der erneuten Ausschreibung des GKV-Spitzenverbandes mit einer Vergabesumme von mehr als 60 Millionen Euro machte vermutlich jedoch ein privates Unternehmen das Rennen. Bis diesen Sonntag können die unterlegenen Bieter ihren Widerspruch gegen die Vergabeentscheidung einlegen.

Von der Entscheidung betroffen ist auch die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, die bisher in Kiel mit vier Mitarbeitern Hilfesuchende berät.

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Karsten Jasper, sah keinen Anlass zur Sorge, dass die Unabhängigkeit der Patientenberatung in Gefahr gerate. Er verwies in seiner zu Protokoll gegebenen Rede auch auf die feste Zusage des Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann (CDU). Dieser hatte bereits vor der Vergabe erklärt, dass die Unabhängigkeit und ein hohes Maß an Qualität die Voraussetzungen für seine Zustimmung seien.

Mit Blick auf die derzeitige Organisation der Patientenberatung durch die Verbraucherzentrale, des VdK und anderer Anbieter betonte Jasper: „Zur Frage der Unabhängigkeit der Beratung muss auch jetzt schon angemerkt werden, dass bei der gemeinnützigen GmbH keine Mitarbeiter angestellt sind. Diese sind alle beim Träger angestellt und unterliegen dem Weisungsrecht des jeweiligen Arbeitgebers. Aber auch da bezweifelt keiner die Unabhängigkeit der Beratung.“ Der gesundheitspolitische Sprecher verwies ebenso darauf, dass im Bundestag vor zwei Jahren auch über eine Institutionalisierung nachgedacht wurde, dieser Gedanke aber aufgrund dadurch entstehender Abhängigkeiten überwiegend abgelehnt wurde.

„Die Ausschreibungsstruktur wurde bewusst gewählt, um regelmäßig in einem Ideenwettbewerb die bestehenden Strukturen zu überprüfen und weitere Verbesserungen zu erreichen“, so Jasper. Er betonte, dass es schon heute den Kassen verboten sei, die Beratung der UPD inhaltlich oder dem Umfang nach zu beeinflussen. „Es liegen bisher keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sich die Krankenkassen in die Beratungstätigkeit der UPD inhaltlich einmischen würden“, so der Gesundheitsexperte.

Der Dringlichkeitsantrag der Regierungsfaktionen wurde beschlossen. Die CDU stimmte dem ersten Absatz zu. Dieser enthält einen Appell an den Patientenbeauftragten Laumann, seine Zustimmung zur Vergabe an den Kriterien Unabhängigkeit und Qualität der Beratung zu orientieren.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)